

Rede Joachim Schramm

Mahnwache Aktionswoche „Schutz und Asyl für Kriegsdienstverweigerer*innen aus Russland, Belarus und der Ukraine“, Düsseldorf, 7.12.23

Liebe Friedensfreundinnen und –freunde, sehr geehrte Damen und Herren

Ich begrüße Sie zur Mahnwache der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen NRW aus Anlass der bundesweiten Aktionswoche „Schutz und Asyl für Kriegsdienstverweigerer*innen aus Russland, Belarus und der Ukraine“, die rund um den internationalen Tag der Menschenrechte am 10. Dezember stattfindet.

Noch rund 11 Wochen, dann dauert der blutige Krieg in der Ukraine zwei Jahre an. Zwei Jahre, in denen laut der New York Times inzwischen eine halbe Million Menschen auf beiden Seiten getötet oder verwundet wurden, in denen weite Teile des Landes in Schutt und Asche gelegt wurden. Immer noch sind die Regierungen beider Seiten nicht bereit, sich auf Verhandlungen über einen Waffenstillstand und anschließende Friedensverhandlungen einzulassen. Und immer noch beharrt unsere Bundesregierung auf ihrem Willen, der Ukraine weiter Waffen zu liefern, die den Krieg nur verlängern und mit denen noch mehr Menschen getötet werden.

Bei uns wird zum Thema Verhandlungen oft gesagt, dass müsse die Ukraine entscheiden und man dürfe doch nicht zulassen, dass ukrainische Gebiete Russland überlassen werden. Die, die das so sehen, nehmen also in Kauf, für die richtige Ziehung von Grenzen Menschen sterben zu lassen und zu töten. Doch das sehen in den beteiligten Ländern bei weitem nicht alle so. Spätestens seit dem Beginn der Teilnobilisierung in Russland im letzten Jahr ist offenkundig geworden, dass viele Menschen in Russland nicht Krieg führen wollen. Was man bei uns nicht so wahrnehmen will, ist die Tatsache, dass auch in der Ukraine viele Menschen nicht kämpfen wollen. Einen ersten Hinweis darauf gab es schon zu Beginn des Krieges, als der ukrainische Staat zwar Frauen und Kinder gerne ausreisen ließ, es aber Männern im wehrfähigen Alter verbot, das Land zu verlassen. So ist es bis heute geblieben, offenbar ist man sich der Opferbereitschaft der männlichen Bevölkerung nicht sehr sicher. Ein ukrainischer Kriegsgegner, der bei Beginn des Krieges im Ausland war und so der Einberufung entging, äußerte sich dazu so: "Das Leben der Menschen ist wichtiger, ganz gleich, welche Flagge über der Krim oder Donezk hängt".

Schon seit Beginn des Krieges wissen wir, dass zahlreiche Menschen auf beiden Seiten nicht am Krieg teilnehmen wollen. Das Verweigerer-Netzwerk Connection e.V. schätze nach Auswertung entsprechender Analysen die Zahl der Personen, die Russland verlassen haben, um nicht kämpfen zu müssen, auf 250.000. Einer von ihnen meinte zu seinen Motiven: „Da werden junge russische Männer in die Ukraine geschickt, um Menschen zu ermorden und dafür zu sterben. Ich will nicht einer von ihnen sein“. Aus der Ukraine haben sich 300.000 Männer der Einberufung entzogen und das Land verlassen. Während russische Deserteure, Kriegsdienstverweigerer und Militärdienstentzieher vor allem nach Kasachstan, Serbien und Georgien fliehen, verlassen die ukrainischen Kriegsgegner ihr Land in Richtung Polen und Rumänien.

In ihren Heimatländern wird ihnen vor allem von der herrschenden Politik Feigheit und Verrat vorgeworfen. Doch diese Menschen haben ganz unterschiedliche Gründe für ihr Handeln. Teilweise haben sie verwandtschaftliche Beziehungen zum Land des Kriegsgegners. Andere finden konkret diesen Krieg falsch, sehen die Ukraine und Russland als Brudervölker, die nicht gegeneinander kämpfen sollen. Andere erleben, was es heißt, im Krieg Soldat zu sein, andere Menschen zu töten, auch Zivilisten und lehnen dies ab. Und wieder andere haben sich entschieden, nie eine Waffe in die Hand zu nehmen, aus Prinzip. All das ist ehrenwert und rechtmäßig. Es ist nicht feige sondern diese Menschen sind mutig, weil sie zu ihren Überzeugungen stehen und für ihr Handeln Nachteile in Kauf nehmen. Diesen Menschen gilt unsere Solidarität.

Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung ist ein Menschenrecht, ist Bestandteil der Gewissensfreiheit nach Art. 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Und doch wird dieses Menschenrecht weder in Russland noch in der Ukraine garantiert. In Russland besteht nur bis zur Einberufung die

Möglichkeit der Verweigerung, bei der Entscheidung über die Anträge ist das Militär mit beteiligt und beeinflusst die Entscheidung in seinem Sinne. In der Ukraine galt das Recht nur für die Verweigerung aus religiösen Gründen, inzwischen wurde das Verweigerungsrecht ganz ausgesetzt, ausgerechnet im Krieg, wo ja Menschen besonders davor geschützt werden müssten, gegen ihr Gewissen handeln zu müssen.

Vor diesem Hintergrund gehen die meisten Menschen, dies sich diesem Krieg entziehen wollen, einen andern Weg und flüchten. Sie entziehen sich dem Militärdienstzwang, bevor sie einberufen werden oder desertieren aus der Armee. Die Desertion gilt in beiden Ländern als Straftat, es drohen mehrjährige Haftstrafen und es gibt tausende Verfahren und Verurteilungen zu mehrjährigen Haftstrafen. Aus Russland können nicht einberufene Männer ausreisen, die Ukraine hat dies verboten, was der Europäischen Menschenrechtskonvention, widerspricht, wonach es jeder Person „freisteht, jedes Land einschließlich seines eigenen zu verlassen“. Von einem Land, dass in die EU aufgenommen werden will, erwartet man etwas anderes.

Gelingt die Flucht, stellt sich die Frage nach der Zukunft. Gerade bei einer Desertion ist die Rückkehr in das Heimatland selbst nach Ende des Krieges kaum möglich, da man sich ja strafbar gemacht hat. Also stellt sich für diese Menschen die Frage nach Asyl im Ausland, konkret in den Staaten der EU. Für ukrainische Männer, die dem Kriegsdienst entflohen gilt wie für alle ukrainischen Flüchtlinge ein befristetes humanitäres Aufenthaltsrecht bis 2025. Danach müssen sie in ihr Land zurück. Und wie ist es bei russischen Kriegsdienstverweigerern und Deserteuren? Schon im April '22 forderte der Präsident des Europäischen Rates, Charles Michel, die russischen Soldaten auf zu desertieren. Doch die Frage nach einem Asyl in der EU ist bis heute nicht geklärt. Als sich hunderttausende der Teilmobilmachung durch Flucht entzogen, schlossen z.B. die baltischen Staaten als erstes ihre Grenzen. Angesichts dieser Zustände ist ein Aufruf zur Desertion fahrlässig, weckt falsche Hoffnungen. Die EU überlässt diese Männer und auch Frauen ihrem Schicksal. Lediglich in Deutschland erklärte das Innenministerium im Mai '22, dass russische Deserteure aus der Armee als Asylsuchende anerkannt würden. Doch gilt dies nicht für die Menschen, die sich bereits der Einberufung entzogen haben, was ja nach der Teilmobilmachung die meisten waren. Von über 900 Anträgen russischer Männer auf Asyl in Deutschland wurden in diesem Jahr gerade 11 anerkannt. Politiker in der EU sind schnell dabei, gerade russische Männer aufzurufen, sich dem Krieg zu widersetzen. Etwas für ihren Schutz tun, ist aber nicht angesagt. Hintergrund ist natürlich, dass in allen Ländern die Desertion als Straftatbestand gilt. Da möchte man keine Präzedenzfälle schaffen und begegnet auch den Menschen, die sich jetzt der Teilnahme am Ukrainekrieg entziehen wollen, mit Misstrauen, statt sie mit offenen Armen zu empfangen. Das ist schäbig und wir fordern hier an dieser Stelle die Bundesregierung auf, den Asylschutz auch auf Militärdienstentzieher auszuweiten und ihren Einfluss in der EU geltend zu machen, dass solche Regelungen in allen Ländern der Union umgesetzt werden!

Internationale Verweigererverbände haben vor einigen Monaten eine Unterschriftensammlung gestartet, mit der von der EU gefordert wird, für russische und belarussische Verweigerer und Deserteure Schutz und Asyl zu gewährleisten, von der Ukraine die Rückkehr zum Verweigerungsrecht zu verlangen und die Grenzen für alle zu öffnen, dies sich dem Krieg entziehen wollen. Mitte Mai konnten jetzt 50.000 Unterschriften an die Europäische Kommission übergeben, um so Druck zu machen für ein Recht auf Schutz und Asyl für diese mutigen Männer und Frauen.

Krieg gibt es auch deshalb, weil sich immer wieder genug Menschen bereit finden, den Befehlen von Politikern und Generälen Folge zu leisten. Jeder und jede, die sich diesem Prinzip von Befehl und Gehorsam verweigert, ist eine Hoffnungsschimmer für ein Welt ohne Krieg. Sie müssen unterstützt werden, ihn muss geholfen werden, egal auf welcher Seite des Konflikts sie stehen! Deshalb stehen wir heute hier, zeigen uns solidarisch und machen unsere Unterstützungsaktion, so wie an vielen Städten in ganz Deutschland in dieser Woche Aktionen stattgefunden haben und bis zum 10. Dezember noch stattfinden. Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Helfen wir allen, dies sich ihm widersetzen!